

Gesundheit für alle (Gfa)

Jahresbericht 2013/2014

Zwischen November 2013 und Ende Oktober 2014 hat sich der Vorstand an insgesamt sieben Sitzungen getroffen und dabei schwerpunktmässig folgende Themen behandelt:

- Gesundheitsversorgungsbericht des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt über das Jahr 2012
- Eignerstrategie und Oberaufsicht über die ausgelagerten öffentlichen Spitäler
- Spitalgesetz: Fehlende Kompetenz des Grossen Rates zur Festlegung der Standorte von öffentlichen Spitälern und Kliniken
- Kantonale Volksinitiative „KJP-Klinik im Zentrum der Stadt“
- Auslagerung der Volkszahnklinik in ein Universitäres Zentrum für Zahnmedizin
- Arbeitssituation im Universitätsspital (USB)
- Quartierbezogene Gesundheitsversorgung

Amon Näf hat den Verein Gfa am 18. Februar 2014 an der Informationsveranstaltung des Universitätsspitals zur Arealplanung Ersatz Klinikum 2 vertreten.

Kollektivmitgliedschaften

Im Auftrag der letzten Mitgliederversammlung prüfte der Vorstand, ob neben Einzel- auch Kollektivmitgliedschaften im Verein Gfa ermöglicht werden sollten.

Da nach Einschätzung des Vorstands ohnehin nur wenige Organisationen als Kollektivmitglieder in Frage kämen und jeder Anschein eines Einflusses einer politischen Institution vermieden werden soll, lehnt der Vorstand die Einführung einer Kollektivmitgliedschaft ab.

Hingegen sind Bündnisse verschiedener Organisationen vor allem bei Abstimmungskampagnen sinnvoll.

Eignerstrategie und Oberaufsicht

Nach wie vor weigert sich der Regierungsrat die Eignerstrategien zu den öffentlichen Spitälern zu veröffentlichen. Er begründet dies mit dem Wettbewerb zwischen privaten und öffentlichen Spitälern. In seiner Begründung fällt auf, dass er nicht zwischen der regierungsrätlichen Eignerstrategie und der unternehmerischen Verwaltungsratsstrategie unterscheidet. Für den Vorstand ist klar, dass die Eignerstrategie aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes und auch im Hinblick auf die dem Grossen Rat übertragene Oberaufsicht über die Spitäler zu veröffentlichen ist.

Unsere Ansicht wird auch weitgehend von der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates gestützt (s. Bericht der Geschäftsprüfungskommission Nr. 13.5242.01 für 2012).

Die Gfa beharrt auf ihrer Forderung nach Veröffentlichung und hat in Zusammenarbeit mit Grossrat und Vorstandsmitglied Stephan Luethi eine entsprechende Interpellation entworfen, die in nächster Zeit eingereicht werden soll.

Kantonale Volksinitiative „KJP-Klinik im Zentrum der Stadt“

Kinderpsychiatrie ist etwas anderes als Erwachsenenpsychiatrie und braucht einen für Eltern und Kind leicht zugänglichen eigenen Standort. Deswegen unterstützt der Vorstand die Volksinitiative „KJP-Klinik im Zentrum der Stadt“.

Der Vorstand verschickte am 14. Januar 2014 einen Rundbrief an die Gfa-Mitglieder, in dem er u.a. über seinen Beschluss zum Beitritt zum Unterstützungskomitee für die kantonale Volksinitiative „KJP-Klinik im Zentrum der Stadt“ informierte.

Mehrere Vorstandsmitglieder haben in verschiedenen Gesprächen mit Prof. K. Schreck und weiteren Mitgliedern der UPK-Direktion die Situation erörtert und auch versucht, zwischen Initiantinnen und Initianten einerseits und UPK-Vertretern andererseits zu vermitteln.

Dabei ist es leider trotz einer u.E. konstruktiven Gesprächsatmosphäre nicht gelungen, einen gemeinsamen Standpunkt herbeizuführen, welcher die Initiative unnötig gemacht hätte.

Die Initiative ist Mitte September eingereicht worden. Ob es tatsächlich zu einer Abstimmung kommt, ist noch nicht sicher. Die Bemühungen um einen Kompromiss laufen weiter. Unsere Vorstandsmitglieder und Mitinitianten Ruth Waldvogel und Stephan Luethi setzen sich weiterhin dafür ein.

Revision des Spitalgesetzes

Aufgrund der geltenden Gesetzgebung fehlen dem Grossen Rat Einflussmöglichkeiten auf die Standorte von öffentlichen Spitälern und Kliniken sowie Ambulatorien und Anlaufstellen.

Wie die Diskussion über einen neuen Standort der Kinder- und Jugendpsychiatrie zeigt, bleibt der Bevölkerung für eine verbindliche Beeinflussung nur noch der beschwerliche Weg einer kantonalen Volksinitiative. Selbst bei allfälligen Klinikverlegungen über die Kantons- und Landesgrenzen hätte der Grosse Rat - im Gegensatz zum Baselbieter Landrat - keine Mitsprache- bzw. Entscheidungskompetenz.

Aus diesen Gründen hat der Vorstand eine Motion vorbereitet, die dem Grossen Rat die notwendige Entscheidungskompetenz zu Standortfragen zurückgibt.

Arbeitssituation im USB

Im Berichtsjahr hat sich verdeutlicht, dass die neue Spitalfinanzierung über Fallpauschalen einen Kostendruck auslöst, der sich u.a. auch in Zeitdruck, Stellenabbau und Qualitätsverlust in unsern öffentlichen Spitälern, insbesondere im USB, äussert.

Diese Tendenz wird verstärkt durch Rekrutierungsprobleme und ein neues Renditestreben. USB-Verwaltungsratspräsident Michel Plüss erwähnt als Zielsetzung eine Umsatzrendite von fünf Prozent (s. Interview in der „Schweiz am Sonntag“, Nr. 32, vom 10.8.14).

Die Gfa verfolgt die Entwicklung mit Besorgnis und versucht, trotz beschränkter Einflussmöglichkeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Spitäler in ihren Verbesserungsbemühungen zu unterstützen.

Dank

Dem vpod region basel gebührt ein grosses Dankeschön. Erneut hat er uns sein Sitzungszimmer inkl. Erfrischungen für alle Vorstandssitzungen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Und vpod-Sekretärin Marianne Meyer schreibt seit jeher unsere Protokolle.

Der Vorstand dankt auch allen Mitgliedern, die unserem Verein treu geblieben sind und „Gesundheit für alle“ mit Anregungen, Informationen und ihren Jahresbeiträgen unterstützt haben.